

# Dokumentation

Die Zukunft, die wir wollen –  
das Hamburg, das wir brauchen –

Erster Hamburger Ratschlag zur  
Umsetzung der UN-Agenda 2030  
für nachhaltige Entwicklung

Freitag, den 18. November 2016  
15.30 Uhr bis 21.00 Uhr  
Hamburger Volkshochschule, Schanzenstraße 75-77



## Inhaltsverzeichnis

Einladung.....	2
Begrüßung von Professor Dr. h.c. Christa Randzio- Plath.....	3
Aufschlag von Thilo Hoppe, MdB a.D.....	4
Die Ziele nachhaltiger Entwicklung.....	6
Workshop: Umwelt, Klimaschutz und Energie.....	7
Protokoll Workshop 1.....	8
Workshop 2: Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen.....	9
Protokoll Workshop 2.....	10
Workshop 3: Menschenrechte, Wirtschaft und Arbeitswelt.....	12
Protokoll Workshop 3.....	13
Workshop 4: Nachhaltige Stadtentwicklung.....	14
Protokoll Workshop 4.....	15
Workshop 5: Ungleichheit beenden, Armutsbekämpfung und Geschlechtergerechtigkeit.....	16
Protokoll Workshop 5.....	18
Organisation und Impressum.....	18
Beteiligte Organisationen.....	19

Gemeinsame Forderungen und Handlungsfelder zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 in  
Hamburg durch die Hamburger Politik:

<http://www.2030hamburg.de/>

Die Veranstaltung wurde finanziell unterstützt von der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

## Einladung

### ***Die Zukunft, die wir wollen - das Hamburg, das wir brauchen -***

### **Hamburger Ratschlag zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung**

**Freitag, den 18. November 2016  
15.30 Uhr bis 21.00 Uhr**

Der **Marie-Schlei-Verein**, das **Eine Welt Netzwerk Hamburg**, die **W3 – Werkstatt für internationale Kultur und Politik** und der **Zukunftsrat Hamburg** laden ein:

**Freitag, den 18. November 2016, von 15.30 Uhr bis ca. 21.00 Uhr**

**Hamburger Volkshochschule**, Schanzenstraße 75-77, 20357 Hamburg

Hamburger Ratschlag zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige

Entwicklung: „**Die Zukunft, die wir wollen – das Hamburg, das wir brauchen**“.

Was muss Hamburg tun, um die Nachhaltigkeitsziele (SDG) der Agenda umzusetzen?

15.30 Uhr Begrüßung Prof. Dr. h.c. Christa Randzio-Plath, Marie-Schlei-Verein  
Einführung Thilo Hoppe, MdB a.D., Brot für die Welt

Kaffeepause

16.30 Uhr Fünf parallele Werkstattgespräche zu den SDG-Querschnittsthemen  
(Vorschläge aus den unterschiedlichen Perspektiven zu diesen Themen finden sich auf  
den folgenden Seiten)

- Umwelt und Klimaschutz (und Energie)
- Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen
- Menschenrechte, Wirtschaft und Arbeitswelt
- Nachhaltige Stadtentwicklung
- Ungleichheit, Armutsbekämpfung und Geschlechtergerechtigkeit

Imbiss

19.00 Uhr Abschlussrunde im Plenum  
Moderation: Karin Heuer, Heinrich-Böll-Stiftung

Gemeinsame Forderungen und Handlungsfelder zur Umsetzung der  
UN-Agenda 2030 in Hamburg durch die Hamburger Politik.

Anmeldungen bis zum 06.11.2016 bitte an **Bianca Percic (EWNW)** mit Angabe des  
bevorzugten Workshops: [bianca.percic@ewnw.de](mailto:bianca.percic@ewnw.de)

Die Veranstaltung wird finanziell unterstützt von der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg und  
dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

## Begrüßung von Professor Dr. h.c. Christa Randzio- Plath

Vorsitzende Marie-Schlei-Verein<sup>1</sup>



Der Hamburger Ratschlag lädt ein zu einem Informations- und Meinungsaustausch über die Umsetzung der UN-Agenda 2030. Wir freuen uns über Ihre/Eure Beteiligung.

Wir wollen gemeinsam heute herausfinden, welche Strategie Hamburg verfolgen sollte und wie sich die Zivilgesellschaft in Hamburg einbringen sollte und könnte. Eine-Welt-Netzwerk, Werkstatt 3, Zukunftsrat und

Marie-Schlei-Verein freuen sich, dass auch andere Teile der Zivilgesellschaft wie wir den interdisziplinären Ansatz einer Debatte versuchen wollen, um gemeinsame Fragen, Anregungen oder Forderungen zu formulieren, die uns das Hamburg, das wir brauchen, auf den Weg bringen. Schließlich geht es um die Zukunft, die wir wollen.

Ohne die Partizipation der Zivilgesellschaft kann die Umsetzung der UN -Agenda 2030 für ökologische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Nachhaltigkeit nicht gelingen.

Niemand hat es für möglich gehalten, dass die -Weltgesellschaft die neue Transformationsagenda beschließt- in New York und in Paris 2015. Aber heute wissen wir alle, wie weit der Weg von Versprechen zur Umsetzung ist. Gnadenlos muss die Zivilgesellschaft die Einlösung der Versprechen einfordern. Für uns gilt das Unwort von der postfaktischen Gesellschaft nicht, weil wir eine nachhaltige Entwicklung nur auf Fakten gründen können. Wir wollen den Planeten Erde retten. Wir sind die letzte Generation, die ihn retten kann. Wir sind die erste Generation, die Armut und Hunger beseitigen kann. Strengen wir uns also an. Der Aufschrei nach der Trump- Wahl muss

Folgen für eine engere internationale Solidarität haben. Mauern und Protektionismus sind keine Antwort auf die heutigen Herausforderungen.

Die Vereinten Nationen (UN) haben nach einem mehrjährigen, partizipativen und umfassenden Prozess im September 2015 globale Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goals) beschlossen. Die SDG gilt es nun auch in und durch Deutschland umzusetzen. In zentralen politischen Handlungsfeldern werden grundlegend andere Weichenstellungen als bisher gebraucht. Hamburg muss sich wie Deutschland seiner Verantwortung für nachhaltige Entwicklung stellen und die 2030-Agenda im Sinne ihrer fünf Prinzipien (Menschen, Planet, Wohlstand, Frieden, Partnerschaft) umsetzen. „Leave no one behind“ muss durchgängig als zentrale Handlungsmaxime verankert werden. Gleichzeitig müssen wir aber auch die Konflikte benennen, die sich im Agenda- Prozess auftun und vor allem mit der Frage zusammenhängen, wie die gegenwärtige Wirtschafts- und Lebensweise durch eine nachhaltige und gerechte Wirtschaftsweise ersetzt werden kann, kein Dogma quantitatives Wachstum, Austeritätspolitik mehr.

Hamburger Politikgestaltung muss sich wie alle deutschen Gesetzesvorhaben und Sektorpolitiken auf Kompatibilität mit der 2030-Agenda bzw. dem deutschen Umsetzungsplan prüfen. Alle Ziele und Indikatoren des Umsetzungsplans müssen die Menschenrechte und soziale, ökologische und wirtschaftliche Dimensionen berücksichtigen Sie sollten nicht nur an den Bedürfnissen und Rechten gegenwärtiger, sondern gleichermaßen an denen zukünftiger Generationen ausgerichtet sein.

Die UN-Agenda sowie die Bundesregierung schreiben der Partizipation der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle bei der Erreichung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung zu. Alle Staaten müssen alle 17 Ziele umsetzen. Das gilt auch für Hamburg, wiewohl Schwerpunktsetzungen auf Stadtentwicklung und Umwelt, Menschenrechte in Wirtschaft und Arbeitswelt, Bekämpfung von Ungleichheit und Armut, Veränderungen in Produktion und Konsum verständlich erscheinen. Die UN-Ziele sind interdependent und tragen zur Kohärenz einer nachhaltigen Entwicklung bei.

Ich freue mich, Thilo Hoppe für einen Aufschlag zu unseren Werkstattgesprächen begrüßen zu können. Wir kennen ihn als Entwicklungspolitiker und Vorsitzenden des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Deutschen

<sup>1</sup> Gekürzte Fassung basierend auf dem Redemanuskript.

Bundestag. Heute wirkt er als entwicklungspolitischer Beauftragter Berater für Entwicklung bei Brot für die Welt.

## Aufschlag von Thilo Hoppe, MdB a.D.

Entwicklungspolitischer Beauftragter von „Brot für die Welt“<sup>2</sup>

Wenn ich gefragt werden, ob die Welt auf einem guten oder schlechten Weg ist, dann gerate ich ins Grübeln, ins Schleudern - weil ich zwei sehr unterschiedliche – ja, man kann sagen, diametreal entgegengesetzte Trends wahrnehme. Der eine erschreckt mich, macht mir Angst – nach der bösen Überraschung durch die Wahl von Donald Trump ganz besonders: Zunehmender



Rechtspopulismus, Nationalismus. Die noch ganz ungewohnte Vorstellung, dass beim nächsten G20-Treffen so furchtbare Typen wie eben der neue US-Präsident und – wenn es noch schlimmer kommt – Marine Le Pen hier in Hamburg auftauchen.

Der andere Trend, der heute im Fokus steht, ist auch nicht nur positiv – er hat zwei Seiten, aber eben auch eine, die mir Hoffnung gibt: Ich durfte als „Observer“ von Brot für die Welt dabei sein, als Ende September letzten auf dem bisher größten Gipfeltreffen aller Zeiten die Agenda 2030 mit den SDGs verabschiedet wurde.

Und das war ganz großes Kino mit Gänsehaut-Feeling aber auch bizarren Momenten. Erst sprach der Papst und las den versammelten Staats- und Regierungschefs die Leviten! Er geißelte die globale Wegwerfgesellschaft, die nicht nur immer mehr Müll produziert sondern auch Menschen, die aus ökonomischer Sicht nicht gebraucht werden, wie Abfall

<sup>2</sup> Gekürzte Fassung basierend auf dem Redemanuskript.

behandelt – Menschen, die als Flüchtlinge auf dem Balkan gestrandet sind, die in den Elendsvierteln, Slums, Favelas ohne Unterstützung und Perspektive leben, die Verlierer der Globalisierung.

Ja – und obwohl der Papst die Politik der großen Mehrheit der dort versammelten Staats- und Regierungschefs heftig kritisierte, zeigten die sich ergriffen und spendeten „standing ovations“.

Danach sang Shakira John Lennons „Imagine“ – auch sehr ergreifend aber nicht ohne Realsatire, wenn man den Text mal auf sich wirken lässt: „imagine there’s no countries ... (dann wär’n die Staats- und Regierungschefs gar nicht da), imagine there’s no religion (in Anwesenheit des Papstes) und imagine there’s no possession (mit Blick auf das Konto der Sängerin, die das Lied vortrug). Aber natürlich will ich den SDG-Gipfel nicht ins Lächerliche ziehen! Denn er hat durchaus so etwas wie Aufbruchstimmung entfacht. Und in der Tat hat es die Agenda 2030 bei allen Widersprüchen und Inkohärenzen, die auch in ihr stecken, auch in positivem Sinne in sich:

- Sie hat einen ganzheitlichen Ansatz, der sehr viele Politikbereiche miteinander verbindet
- Sie setzt der internationalen Gemeinschaft erstaunlich ehrgeizige Ziele
- sie richtet sich nicht nur – wie das Vorläufermodell, die MDGs – an die Entwicklungsländer sondern an ALLE Staaten, die zu tiefgreifenden Veränderungsprozessen aufgerufen werden
- sie richtet unter dem Motto „to leave no one behind“ eine besondere Aufmerksamkeit auf die Verletzlichsten in jedem Land und in der globalen Gemeinschaft anstatt sich nur für Durchschnittswerte in Statistiken zu interessieren.

Würden die Staats- und Regierungschefs wirklich ernstmeinen und ambitioniert und konsequent umsetzen, was sie da vor einem Jahr in New York beschlossen haben, dann wäre das in der Tat die Einleitung einer weltweiten großen sozial-ökologischen Transformation hin zu einer menschenrechtsbasierten nachhaltigen Entwicklung.

Man kann die Agenda 2030 nicht so interpretieren, als wäre sie ein in sich geschlossenes und kohärentes Werk eines Autors oder einer recht homogenen Autorengruppe. Auch der recht fortschrittliche Entwurf der OWG, der es dann ja bis ins Schlussdokument geschafft

hat, ist ein Verhandlungsergebnis. Und trotz dieses Sammelsuriums, trotz mancher Widersprüche und Schwächen, gibt es doch so etwas wie einen ganz brauchbaren Narrativ, der aber weniger in den 17 Zielen und 169 Unterzielen zu finden ist sondern eher im lyrischen Teil, im Gesamttext der Schlusserklärung des VN-Sondergipfels zur Agenda 2030. Aus Zeitgründen bringe ich jetzt keine Zitate, sondern fass es mit meinen eigenen Worten zusammen. Die Staats- und Regierungschefs versprechen nicht weniger als alles, was in ihrer Macht steht, zu tun, damit ALLE Menschen in Sicherheit und Würde leben können, ihre Grundbedürfnisse befriedigen und nach und nach ihr Potenzial entfalten können. Und sie versprechen, dies auf eine Art und Weise zu tun,

- die den Druck auf die Ökosysteme nicht erhöht,
- die nicht auf Kosten künftiger Generationen geht
- und die Ungleichheit in den Ländern und zwischen den Ländern nicht größer macht sondern sie verringert

Ich empfehle, die Agenda 2030 als Ganzes in den Blick zu nehmen, vor allem auch das, was im lyrischen Teil, im Fließtext steht und eben den ganzheitlichen Charakter der Agenda mit seinen Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Zielen und Politikbereichen zu würdigen und daraus beim Runterbrechen auf die nationale, regionale und lokale Ebene Konsequenzen zu ziehen. Das bedeutet: Aus den Silos herauszukommen, sich auf neue Kooperationsformen mit neuen Partnern einzulassen! Für die Zivilgesellschaft und Euren Ratschlag könnte das heißen, sich noch breiter aufzustellen – nicht nur den Schulterchluss zwischen Umwelt- und Entwicklungsgruppen zu suchen sondern die eigene Arbeit und das, was man vom Senat und der Wirtschaft fordert, mal unter dem Aspekt aller 17 SDGs und ihrer Unterziele zu betrachten und durchzuchecken.

Auch in Deutschland, auch in Hamburg muss sich die Zivilgesellschaft in ihren Forderungen keinesfalls auf das beschränken, was in der Agenda 2030 steht – aber sie kann diese Agenda hervorragend als Referenzrahmen nutzen, um die Bundesregierung und die Landesregierungen, den Senat, zu drängen, ihre Nachhaltigkeitsstrategien und eigentlich ihre gesamte Politik an den Zielen der Agenda 2030 auszurichten.

Denn das sind keine Forderungen von irgendwelchen weltfremden Spinnern aus der Zivilgesellschaft – es ist der Weltzukunftsvertrag, auf den sich die internationale Gemeinschaft geeinigt hat. Und das können weder eine Angela Merkel noch ein Olaf Scholz so ohne weiteres wegwischen. Das müssen sie zumindest ernst nehmen.

In diesem Sinne wünsche ich den ersten Ratschlag und für einen langfristigen Schulterchluss viel Erfolg.



## Die Ziele nachhaltiger Entwicklung

(Sustainable Development Goals, SDGs)

1. Armut in jeder Form und überall beenden
2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern
3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern
4. Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern
5. Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen
6. Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten
7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern
8. Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern
9. Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen
10. Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern
11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen
12. Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen
13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen - (in Anerkennung der Tatsache, dass die UNFCCC das

zentrale internationale, zwischen-staatliche Forum zur Verhandlung der globalen Reaktion auf den Klimawandel ist)

14. Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen
15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen
16. Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
17. Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben.



## Workshop: Umwelt, Klimaschutz und Energie



Moderation:  
Manfred Braasch, BUND

Impuls:  
Alexander Porschke, NABU

### Ziel 13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Was heißt das für Hamburg?

Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) befürchtet, dass ab einer bestimmten Erwärmung positive Rückkopplungen entstehen, die z. B. dazu führen, dass der Permafrost-Boden auftaut und große Mengen Methan freisetzt, die den Treibhausgaseffekt weiter beschleunigen. Auch deshalb hat die Weltgemeinschaft entschieden, eine Erwärmung der Erde um max. 2°C als globales Ziel zu erklären.

Nach Einschätzung des IPCC dürfen demnach bis 2050 nicht mehr als 1000 Gt CO<sub>2</sub> emittiert werden. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung zu Globalen Umweltfragen (WBGU) hält dagegen nur 750 Gt CO<sub>2</sub>-Emissionen für vertretbar. Für die Umrechnung dieser globalen Grenze auf Hamburg kommt es auf die Vorstellung einer gerechten Verteilung an:

Eine Einbeziehung bisher schon emittierter Treibhausgase würde wohl zu dem Ergebnis führen, dass in den Industrienationen keine Emissionsrechte mehr vorhanden wären.

Eine Verteilung nach Besitzstands-Vorstellungen der Industrienationen würde dazu führen, dass die übrigen Staaten ihre Entwicklung einstellen müssten.

Eine gleichmäßige Verteilung der globalen Emissionsrechte auf die globale Bevölkerung erscheint deshalb am ehesten geeignet, globalen Gerechtigkeitsvorstellungen zu entsprechen.

Bei 7,5 Mrd. Menschen auf der Erde entspräche das einem Emissionsanteil von 100 t pro Kopf (WBGU) bzw. 133 t pro Kopf (IPCC) bis zum Jahr 2050. Daraus folgt: Das global vertretbare Kontingent für Treibhausgasemissionen pro Hamburger liegt zwischen 100 t und 133 t bis 2050, bzw. im Jahresdurchschnitt bei  $100t/35a=2,86t/a$  und  $133t/35a=3,8t/a$ . Derzeit liegen die Durchschnittsemissionen pro Hamburger bei ca. 10 t CO<sub>2</sub>. Die Treibhausgasleitplanke für Hamburg liegt aber bei 2,86 -3,8 t pro Jahr und Einwohner.

Die Hamburger Strom und Wärmeerzeugung basiert immer noch auf über 80 % fossilen Brennstoffen. Bei den einzelnen Sektoren zeigt sich nur bei den Privat-Haushalten ein nennenswerter Rückgang. Die Hamburger Einsparziele für CO<sub>2</sub> von 50 % bis 2030 werden mit den derzeit diskutierten Maßnahmen nicht erreicht.

### Ziel 15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren, dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

Was heißt das für Hamburg?

Für Artenvielfalt und Landschaftsqualität hat die Bundesregierung basierend auf der Bestandsentwicklung für 51 ausgewählte Vogelarten einen Nachhaltigkeitsindikator definiert. Er lag im Jahr 1970 noch bei 107, war bis 1990 auf 77 gesunken und hat als Ziel für das Jahr 2015 den Wert 100. 2011 war er auf 63 gesunken, und die Entwicklung ging weiter abwärts. Der Wert für Agrarland lag 2011 sogar nur noch bei 56, im Siedlungsbereich bei 68.

Klassische Instrumente im Naturschutz sind Schutzgebietsausweisungen und Verbote. Die begrenzte Wirksamkeit dieser Instrumente lässt sich daran erkennen, dass die generell erfreuliche Entwicklung bei den Schutzgebieten die dramatische Verschlechterung in der

Biodiversität dennoch nicht aufhalten konnte. Deshalb beinhalten die EU-Richtlinien über Verschlechterungsverbote hinaus ein Verbesserungsgebot. Die EU-Staaten haben vereinbart, europaweit wichtige Lebensräume und Arten in einen günstigen Zustand zu bringen.

In Hamburg befinden sich 92 % der FFH-Lebensraumtypen, 72 % der FFH-Arten und die meisten Gewässer in einem ungünstigen Zustand. Das ist mehr als in der vergangenen sechsjährigen Berichtsperiode. Als Konsequenz daraus ist das

### **Zustandsziel für Hamburgs Natur neu zu bestimmen:**

Lebensräume, Arten und Gewässer müssen in einen guten Zustand gebracht werden

Unterpunkt zu diesem Zustandsziel auf der Ebene der Maßnahmen wäre eine Flächenpolitik, die Grün- und Freiflächen naturräumlich aufwertet, anstatt sie für Siedlungszwecke zu nutzen. Daraus ergeben sich dann allerdings zahlreiche Zielkonflikte mit dem Wohnungsbau, der Wirtschaftsentwicklung, den Sport-, Erholungs- und Mobilitätsbedürfnissen.

### **Wichtige Links:**

[Hamburger Klimaplan](#)

[Stellungnahme Zukunftsrat Hamburg zum Hamburger Klimaplan](#)

BUND Hamburg, Diakonie Hamburg, Zukunftsrat Hamburg (2010): [Zukunftsfähiges Hamburg – Zeit zum Handeln](#)

Hamburg Institut, BUND Hamburg (2015): [Ökologisch-Soziale Wärmepolitik für Hamburg](#)

## **Protokoll Workshop 1**

Nach dem Input von Alexander Porschke zu den SDG-Zielen 13 (Klima) und 15 (Landnutzung/Biologische Vielfalt) gab es eine lebhafte Diskussion zu den Herausforderungen des Klimaschutzes. Teilnehmer\*innen wünschten sich u. a. eine CO<sub>2</sub>-arme Mobilität, eine SDG-Mediationsstelle und mehr Sharing-Ökonomie. Es wurden die Themen öffentliche Beschaffung, „Change-Management“ im Wohnungsbereich und klimafreundliche Infrastruktur diskutiert.

Die Gruppe war sich einig, dass es klarer ordnungspolitischer Vorgaben bedürfe und dass die Zielkonflikte (z. B. Klimaschutz vs. „dauerhaftes Wachstum“) klar benannt werden müssen. Bei dem notwendigen Transformationsprozess werde es Gewinner und Verlierer geben. Vor diesem Hintergrund hat sich die Workshop-Gruppe auf folgende Forderung geeinigt:

Der Hamburger Senat soll einen Klimaplan aufstellen, der zum 1,5° - 2° Ziel (Pariser Klimaabkommen) passt, so dass pro Hamburger\*in durchschnittlich bis 2050 nicht mehr als 100 t CO<sub>2</sub> emittiert werden. In dem Plan sollen die Lasten auf die verantwortlichen Akteure aufgeteilt werden. Durch regelmäßiges (zweijährliches) Monitoring soll überprüft werden, ob sich die Treibhausgas-Emissionen schnell genug senken. An der Diskussion über eine gerechte Lastenverteilung soll die Zivilgesellschaft beteiligt werden. Die Entscheidung über die Lastenverteilung muss dann von der politisch legitimierten Bürgerschaft getroffen werden.

Das Ziel 15 (Landnutzung/Biodiversität) konnte leider nur sehr kurz diskutiert werden. Man war sich einig, dass der Verlust an Biodiversität bislang noch wenig im Bewusstsein in der Bevölkerung, der Verantwortlichen in Politik und Verwaltung aber auch der Umweltbewegung selber verankert sei. Dieses Thema müsse daher im weiteren Agenda2030-Prozess auch in Hamburg deutlich intensiver aufgegriffen werden.





## Workshop 2: Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen



**Moderation: Dr. Delia Schindler, Zukunftsrat Hamburg**  
**Impuls: Robert Schreiber, Hamburger Bildungsagenda**

### Ziel 4. Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

Mit der UN-Agenda 2030 hat sich die Staatengemeinschaft auf die Umsetzung international abgestimmter, global, national und lokal orientierter Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals - SDGs) verpflichtet.

Ziel ist eine Welt, in der wirtschaftliches Auskommen für alle einhergeht mit sozialem Zusammenhalt, dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und guter Regierungsführung (good governance). Die 193 Unterzeichnerstaaten waren sich einig, dass nur durch eine zukunftsfähige Transformation der Gesellschaft den wachsenden Risiken schwerwiegender Eingriffe in die Umwelt, der weltweiten Armut und mangelnden sozialen Gerechtigkeit sowie der Bedrohung durch Kriege, Terrorismus und politischer Instabilität entgegengewirkt werden kann.

Dabei kommt der Bildung, insbesondere der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), eine wichtige Rolle zu. So hat die UNESCO 2014 ein BNE-Weltaktionsprogramm

(WAP) verabschiedet, das nach Auslaufen der UN-Dekade BNE (2005 – 2014) zunächst für den Zeitraum 2015 – 2019 Geltung hat und einen zentralen Beitrag zur Umsetzung der SDGs leisten soll. Unter dem Motto „Vom Projekt zur Struktur“ zielt es auf Neuorientierung und weitere Qualitätsentwicklung von Bildung und Lernen, um allen Menschen zu ermöglichen, sich das Wissen, die Fähigkeiten, Werte, Einstellungen und Verhaltensweisen anzueignen, die für eine globale Zukunftsfähigkeit und für die dafür erforderlichen Transformationsprozesse nötig sind. Die Global-Education-First- Initiative des Generalsekretärs der Vereinten Nationen stellt dazu fest: „Für Bildung ist es nicht ausreichend, Individuen hervorzubringen, die lesen, schreiben und rechnen können. Bildung muss transformativ sein und gemeinsame Werte ins Leben tragen. Sie muss aktive Fürsorge für die Welt und für die, mit der wir sie teilen, kultivieren. Bildung muss für die Beantwortung der großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, Bedeutung haben.“

Die erforderlichen Umstellungen, die hinsichtlich Form, Inhalt und Verlauf vielfach noch gar nicht klar sind, werden in jedem Fall konfliktreich sein und erfordern eine Kultur des Aushandelns, die weitgehend noch erlernt werden muss. Das gilt insbesondere hinsichtlich der Auseinandersetzung allseits vorherrschender Wachstumsziele mit den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030.

Die Umsetzung der Agenda 2030 wird national eng mit der Neugestaltung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie als Leitfaden für Regierungshandeln verknüpft. Da die verfassungsrechtliche Zuständigkeit für Bildung ganz weitgehend bei den Ländern liegt, kommt in diesem wie in einigen anderen Politikbereichen auf die Freie und Hansestadt Hamburg eine große Herausforderung zu. Die in der Vergangenheit bereits angestoßenen Transformationsprozesse müssen verstärkt und in die Breite getragen werden. Da Hamburg noch nicht über eine eigene, legislaturunabhängige Nachhaltigkeitsstrategie verfügt wie andere Bundesländer, muss darüber gesprochen werden, wie das Nachhaltigkeitsziel 4, inklusive und hochwertige Bildung zu gewährleisten, erreicht werden kann. Dabei steht für den Workshop das Teilziel 4.7 im Mittelpunkt:

„Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte,

Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung.“

Der Erfolg der für die Zielerreichung notwendigen Anstrengungen wird maßgeblich davon abhängen, wie wirkungsvoll die verantwortlichen stakeholder Regierung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft in der Wahrnehmung ihrer jeweiligen Aufgaben für eine zukunftsfähige Entwicklung zusammenarbeiten.

Um die Gestaltung dieses Prozesses im Bereich der Bildung geht es in dem Workshop „Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen“. Dabei stehen drei Themen im Mittelpunkt:

1. LehrerInnenbildung und Professionalisierung von MultiplikatorInnen
2. Berücksichtigung der Empfehlungen des Orientierungsrahmens Globale Entwicklung und Kooperation mit NROs bei anstehender Überarbeitung der Bildungspläne
3. Angebote und Finanzierung öffentlicher Fortbildungsveranstaltungen zu einer gesellschaftlichen Transformation im Sinne der Agenda 2030.

Es geht dabei um das „Was“ (Inhalte, Schwerpunktsetzungen) aber mindestens ebenso sehr um das „Wie“ (Ansatzpunkte, Verantwortlichkeiten, Vorgehen).

Wichtige Links:

[Globales Lernen in Hamburg](#)

[Hamburger Bildungsagenda für nachhaltige Entwicklung](#)

[UN-Initiative zu Bildung \(Global Education First\)](#)

## Protokoll Workshop 2

In das Werkstattgespräch wurde ein Dokument mit formulierten Forderungen eingebracht, das von der Hamburger Bildungsagenda erarbeitet wurde. Robert Schreiber nahm in seinem Input Bezug auf die Forderungen und erläuterte kurz den Kontext.

Die im Verlauf der Diskussion formulierten Vorschläge und Forderungen sind hier stark zusammengefasst dargestellt. Die Forderungen aus dem eingebrachten Dokument wurden mit kleinen Änderungen von den TN akzeptiert und im Plenum präsentiert. Die Forderungen werden als Voraussetzungen für einen staatlich-zivilgesellschaftlichen Prozess zur Umsetzung von Maßnahmen/Handlungsschritten hin zu einer Transformation des Bildungssystems im Sinne der Agenda 2030 gesehen.

Weitere **Forderungen / Vorschläge** zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele für den Bereich BNE/GL:

- Forderung an die verantwortlichen Behörden/Stellen und an die Politik nach **Transparenz** im Rahmen der bestehenden Prozesse zur Umsetzung der SDGs im Hamburger Raum (Behörde für Umwelt und Energie)
  - Die verantwortliche Stelle zur Umsetzung des Weltaktionsprogrammes (WAP) im Hamburger Raum ist bei der Initiative Hamburg lernt Nachhaltigkeit angesiedelt, deren Geschäftsstelle im BUE liegt (Abt. Nachhaltigkeit)
  - Die Forderungen und Handlungsschritte aus dem Hamburger Ratschlag sollen in den Masterplan BNE zur Umsetzung des WAP in Hamburg einfließen.
- Verstärkte und strukturierte **Partizipation** der Organisationen aus der Zivilgesellschaft im Steuerungssystem zur Umsetzung der Agenda 2030 bzw. des WAP:
  - Ist hierfür eine neue Struktur der zivilgesellschaftlichen Akteure erforderlich?
  - Wie können sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen, aus dem epol. Bildungsbereich, besser organisieren/strukturieren, um kontinuierlich in (bestehende) Prozesse der Umsetzung einbezogen zu werden.
- Forderung nach einer angemessenen und sicheren **Finanzierung** für Angebote von Fortbildungsveranstaltungen von/für NRO zu den SDGs
  - **Dabei steht im Vordergrund die Forderung nach fair bezahlter Arbeit in der außerschulischen Bildung**

- **Professionalisierung** von Pädagog\*innen und Multiplikator\*innen im Bildungsbereich
- Das Bewertungssystem in Schulen wird als ein wichtiger Ansatzpunkt im Rahmen der erforderliche **Transformation des Bildungssystems** gesehen.
- **Kooperation:** Die Einbeziehung von anderen Gruppen/Institutionen (NGO) in die Diskussion im Bildungsbereich ist notwendig. Die Hamburger Bildungsagenda wird zur kommenden Sitzung die interessierten TN aus dem Werkstattgespräch einladen!



## Workshop 3: Menschenrechte, Wirtschaft und Arbeitswelt



**Impulse:**  
Dr. Mirjam Freytag,  
Kirchlicher Entwick-  
lungsdienst  
Katja Karger, DGB  
Hamburg,  
PD Dr. Ralf Ptak,  
Kirchlicher Dienst in der  
Arbeitswelt

### **Ziel Nr. 8: Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern**

Die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) berücksichtigen im gleichen Maße ökologische, ökonomische und soziale Aspekte von Nachhaltigkeit. Ein Aspekt ist hierbei die Verantwortung der reichen Industriestaaten für die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den rohstoffexportierenden armen Ländern. Produktions- und Wertschöpfungsketten, auf denen die industrielle westliche Wirtschaft beruht, haben globalen Charakter. Zentrales Ziel muss die Sicherung von Menschen- und ArbeitnehmerInnenrechten in diesen globalen Wertschöpfungsketten sein. Dies bedeutet etwa die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen entlang der Lieferketten; essentiell sind auch die UN-Rechtsvorschriften für multinationale Unternehmen. Auch in Hinsicht auf das Verständnis von Arbeit und Umwelt in den Industrieländern sind die SDGs von fundamentaler

Bedeutung. Der Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft bis zum Jahr 2050 ist notwendig und gesellschaftlich anerkannt.

In diesem Workshop wollen wir die Möglichkeiten und Hindernisse, die in den Nachhaltigkeitszielen stecken, diskutieren. Ideen und Forderungen, die für Hamburg eine Rolle spielen und hier umgesetzt werden könnten, werden im Mittelpunkt stehen. Beispiele sind hierfür die Verpflichtung Hamburger Unternehmen zu fairem Handel oder die Verankerung der Nachhaltigkeit im Hamburger Vergabegesetz. Das Thema Nachhaltigkeit in den Dimensionen sozial, ökologisch und ökonomisch war ein wichtiger Bestandteil des Olympia-Konzeptes für Hamburg. Was geschieht jetzt mit diesen Ansätzen?

Die UN Sustainable Development Goals enthalten ehrgeizige Ziele hinsichtlich der Bekämpfung von Armut und der Entwicklung von Wohlstand. Kernaufgabe ist: Niemand darf zurück gelassen werden. Speziell das Ziel Nummer 8 nimmt explizit Wirtschaft und Arbeit in den Fokus und betont nachhaltiges Wachstum, volle Beschäftigung und Gute Arbeit. Deutschland hat einen nationalen Aktionsplan (NAP) zur Umsetzung der 31 UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte erstellt, der allerdings weit hinter den Möglichkeiten und Erwartungen zurück bleibt.

Wie kann das alles zusammen gedacht werden? Welche Handlungsmöglichkeiten ergeben sich daraus für die Hansestadt? Kann der Einzelhandel zur Offenlegung seiner Lieferketten gebracht werden? Wie kann gute Beschäftigung gefördert werden? Welche Möglichkeiten hat die Zivilgesellschaft, faire Arbeitsbedingungen in Hamburg und weltweit durchzusetzen? Hilft ein weltweiter Mindestlohn?

#### **Wichtige Links:**

Misereor, Germanwatch (2014): [Globales Wirtschaften und Menschenrechte – Deutschland auf dem Prüfstand](#)

Brot für die Welt – [Wirtschaft und Menschenrechte](#)

Armin Paasch (2016): [Profit vor Menschenrecht](#). In: Blätter für deutsche und internationale Politik

DGB (2015): [Globale Lieferketten und menschenwürdige Arbeit](#)

DGCN (2014): [Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte](#)

Auswärtiges Amt, Wirtschaft und Menschenrechte

## Protokoll Workshop 3

In dem Workshop stand Ziel Nr. 8 „Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern“ im Mittelpunkt. Daneben auch die Ziele „Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern“ und „Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen“.

Folgende internationale Leitprinzipien, Vereinbarungen, Arbeitszusammenhänge und Ansätze sind u.a. für die Umsetzung des Ziels 8 entscheidend: Fair Trade, ILO-Kernarbeitsnormen, die WTO/Handelsabkommen, die UN Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie Corporate Social Responsibility (CSR) in der EU.

Auf der normativen Ebene müssen aus Sicht der Workshopteilnehmenden folgende Fragen diskutiert werden: Was ist Wohlstand? Wie kann ein gutes Leben für alle gewährleistet werden? Wie gehen wir mit dem Widerspruch der Ziele um? Auf welche Weise Wirtschaftswachstum und Bekämpfung des Klimawandels vereinbar sind, bleibt offen – der Zielkonflikt muss diskutiert werden.

Im Workshop wurden zwei notwendige Vorgehensweisen entwickelt. Auf der einen Seite muss es in Hamburg einen kontinuierlichen verbindlichen Beteiligungsprozess mit der Zivilgesellschaft geben, in dem auch eine Kontrolle der vereinbarten Ziele möglich ist. Auf der anderen Seite gibt es konkrete Ansatzpunkte für die Politik: Festschreibung der SDGs im Vergabegesetz, Kriterien für die Wirtschaftsförderung entsprechend der SDG ausformulieren, ethisches Investment (Pensionsfonds) weiterentwickeln, Stärkung der regionalen Wirtschaft, Umweltleitfaden überarbeiten.



## Workshop 4: Nachhaltige Stadtentwicklung



### Ziel 11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

Die UN-Agenda 2030 setzt mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung neue Maßstäbe für die Stadt-, Regional- und Kommunalpolitik: Städte und Siedlungen sind inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten (Ziel 11); soziale Ungleichheit abzubauen (Ziel 10); Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle zu sichern (Ziel 7); eine belastbare Infrastruktur aufzubauen (Ziel 9); inklusive und nachhaltige Industrialisierung zu fördern und Innovationen zu unterstützen (Ziel 9). Nach dem Wertsiedlungsgipfel Habitat III im Oktober 2016 gibt es mit der New Urban Agenda (NUA) einen stadtpolitischen Folgeprozess, der direkt Bezug auf die Umsetzung des Ziel 11 Bezug nimmt.

Städte wachsen weltweit. Bis 2030 werden fast zwei Drittel der Menschheit in Städten wohnen. Ob die Transformation der Welt hin zu mehr Nachhaltigkeit gelingt, wird in den Städten entschieden. Städte sind nicht nur lokale, sondern auch globale Akteure und Treiber der Entwicklung. Die Herausforderungen der sozialen Integration, Stabilität, Sicherheit, Gesundheit, Zuwanderung und Teilhabe der Stadtbevölkerung verlangen neue politische Antworten und transformative Maßnahmen, die die Art und Weise, wie wir Städte nutzen, bauen und organisieren, verändern. Dazu brauchen wir einen gesellschaftlichen Such- und Lernprozess.

Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) der Bundesregierung stellte sein Jahresgutachten 2016 unter das Thema „Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte“. Er fordert strategische Änderungen in drei Dimensionen: Neben der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und der demokratischen Teilhabe ist für ihn die Dimension der „Eigenart“ zentral. Sie soll es ermöglichen, dass (a) Menschen in den räumlichen Strukturen Selbstwirksamkeit und urbane Lebensqualität für sich empfinden, dass sich (b) Ortsidentität und soziale Kohäsion entwickeln können und dass (c) soziale sowie ökonomische Kreativitäts- und Innovationspotenziale durch ortsgebundene Interaktionen zwischen Akteuren verschiedener gesellschaftlicher Sphären gestärkt werden.

### Stadtentwicklung Hamburg

Hamburg möchte eine grüne, gerechte, wachsende Stadt am Wasser sein. Es hat jedoch Probleme, allen Menschen in der Stadt den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum zu gewährleisten (Ziel 11.1).

Bis 2030 wird ein Anstieg der Einwohnerzahl auf rund 1,85 Mio. erwartet. 55.000 Haushalte suchen jährlich eine neue Wohnung. Für über 10.000 Dringlichkeitsfälle – einschließlich Obdachlosigkeit – gibt es jährlich nur ca. 3.100 gebundene Wohnungen mit Belegungsrechten. Trotz des „Drittel-Mixes“ beim Wohnungsneubau fehlen immer mehr Sozialwohnungen: Die alten Bindungen laufen aus, für ca. 400.000 §5-Schein-Berechtigte gibt es weniger als 80.000 Sozialwohnungen. Die Mieten der freifinanzierten Wohnungen steigen rasant, trotz Mietpreislösung und Neubau. Viele günstige Mietwohnungen werden

luxussaniert oder in Eigentumswohnungen umgewandelt und für die bisherigen Mieter unbezahlbar.

Zusätzlich musste Hamburg 61.600 Flüchtlinge (2015) aufnehmen, 21.000 davon haben einen Unterbringungsanspruch. Viel zu lange müssen sie in Erstaufnahme-einrichtungen warten, da ausreichend Folgeunterkünfte fehlen. Immerhin kann die Stadt durch den Kompromiss in den Verhandlungen mit den Initiativen diese Bautätigkeit fortsetzen. Damit wurde die Spaltung der Stadt durch einen Volksentscheid abgewendet.

Zuwanderung und Flüchtlinge zwingen uns dazu, grundlegend neu über Stadtentwicklung nachzudenken. In welcher Stadt wollen wir leben? Wohnungsneubau wird kompakter, dichter und höher, weil Grundstücke in Hamburg teuer sind und Bauen auf Naturflächen möglichst vermieden werden soll. Umso wichtiger ist die Qualität der verbleibenden Freiräume. Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr müssen zusammen gedacht werden. Das Senatskonzept „Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt“ ist ein guter sozialpolitischer Ansatz. Aber es fehlt ein staatlich-zivilgesellschaftlicher Dialogprozess zur Erarbeitung einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie.

#### Wichtige Links:

Deutsches Habitat Forum (2016), [Berliner Empfehlungen für die Städte von morgen](#).

Deutscher Städtetag, [2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten, Musterresolution für Städte](#)

WBGU(2016), [Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte](#)

Paulini, Inge: [Die große Transformation zur nachhaltigen Stadt der Zukunft](#), WBGU

Freie und Hansestadt Hamburg, [Perspektiven der Stadtentwicklung – grüne, gerechte, wachsende Stadt am Wasser](#)

Antrag an den Bundestag: [Bundesweiten Aktionsplan für eine gemeinnützige Wohnungswirtschaft auflegen](#), BTags-Drs.18/7415 vom 28.1.2016

## Protokoll Workshop 4

Stadtentwicklung muss in Hamburg partizipativer, inklusiver, gendergerechter und ökologischer umgesetzt werden. Über den Tellerrand schauen ist bereits an den Hamburger Verwaltungsgrenzen nötig. Die Metropolregion soll verpflichtend in allen Ressorts als Rahmen für Planung, Beteiligung und Umsetzung gelten.

Hamburg braucht bezahlbaren Wohnraum für alle, besonders für Bedürftige mit Dringlichkeit. Der Senat soll dazu die gemeinnützige Wohnungswirtschaft stärken, neue Wohnkonzepte fördern, die verdichten, in die Höhe bauen, Altbestände sanieren und unattraktive Stadtteile aufwerten. Beim günstigen seriellen Bauen sind hohe ökologische Standards anzusetzen. Emissionen von Luft und Lärm müssen überall reduziert werden. Leitbild für Mobilität ist die Stadt der kurzen Wege. HVV muss kostenlos, schneller und sicherer werden. E-Mobilität und Fahrradinfrastruktur sind auszubauen.

Der Verbrauch an Naturflächen muss gestoppt werden. Die Siedlungsachsen sind zu erhalten, die Grünflächen sollen artenreich, endemisch und essbar gestaltet werden. Die Hamburgische Elblandchaft soll UNESCO-Biosphärenreservat werden.



## Workshop 5: Ungleichheit beenden, Armutsbekämpfung und Geschlechtergerechtigkeit



**Ziel 1. Armut in allen ihren Formen und überall beenden**

**Ziel 5. Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen**

**Ziel 10. Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern**

Die neue Dimension von gesellschaftlicher Ungleichheit ist eine der größten Fehlentwicklungen unserer Zeit. Sie trennt Regionen, Länder und Gesellschaften innerhalb von Staaten. Sie verstärkt auch die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen. Zu Recht will Ziel 10 mit seinen Unterzielen dazu beitragen, Ungleichheiten abzubauen - weltweit.

Armut beenden ist weiterhin das prioritäre Ziel Nr. 1 und muss vor allem auf globaler Ebene abgebaut werden. Dennoch definiert das Ziel unter 1.2 den Anspruch die Armut nach nationalen Kategorien zu halbieren. So muss auch in Hamburg das Ziel 1 in seiner

Bedeutung erkannt und umgesetzt werden. Hamburg - eine Stadt ohne Armut sollte das Ziel sein.

Gleichberechtigung von Frauen und Männern als ein eigenes Ziel und als Querschnittsaufgabe für alle Ziele heißt Ziel 5, das in Bezug auf Frauenarmut, Alleinerziehende, Lohnungleichheit, Sorgewirtschaft und Führungspositionen auch in seiner Umsetzung für Hamburg eine Herausforderung ist.

### Armut überwinden auch in Hamburg

Arm sind in der EU all jene, die über so geringe Mittel verfügen, „dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“ (Kommissionsbericht der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel 1983). Das ist statistisch dann der Fall, wenn jemand über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens einer Gesellschaft verfügt. Immer mehr Menschen in Deutschland fallen unter diese Definition. Sie sind arm. Wie passt das zur allseits gepriesenen wirtschaftlich guten und stabilen Entwicklung?

Nicht nur Bruttoinlandsprodukt und Einkommen steigen, sondern auch die Armutsquote, so der Bericht des Paritätischen Gesamtverbands vom Februar 2015. Mit 12,5 Millionen Menschen hierzulande gelten so viele als arm, wie noch nie im wiedervereinigten Deutschland. Es sind 15,5 Prozent der Bevölkerung, die laut Bericht unterhalb der Armutsgrenze leben; und das im viertreichsten Land der Welt, das zudem die zweitniedrigste Arbeitslosenquote in Europa aufweist.

Auch die OECD stellte zuletzt fest, dass die Ungleichverteilung hierzulande stark zugenommen hat. Ihr zufolge erzielen die obersten zehn Prozent der Bevölkerung heute siebenmal so viel Einkommen wie die untersten zehn Prozent. Vor 30 Jahren brachten sie es nur auf das Fünffache. Deshalb müssen Armutsursachen bekämpft werden, vor allem Arbeitslosigkeit, Lohnungleichheit und menschenunwürdige Beschäftigungsverhältnisse sowie die Finanzierung von Sorgearbeit sichergestellt werden.



## Geschlechtergleichstellung durchsetzen

Wir leben in einer Zeit großer Herausforderungen weltweit, europaweit, deutschlandweit und auch in Hamburg. Wir leben aber auch gleichzeitig in einer Welt mit vielfältigen neuen Chancen, um die Herausforderungen und Probleme anzugehen und zu bewältigen.

Globale Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam bewältigen. Die UN-Agenda 2030 soll u.a. die Selbstbestimmung der Menschen stärken, Geschlechtergerechtigkeit und damit ein gutes Leben für alle sichern. Die Gleichstellung der Geschlechter ist eines der 17 Ziele der Agenda aber auch Querschnittsthema über alle Ziele.

Ziel 5 will Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen. Die für die Erreichung des Zieles 5 definierten Vorgaben beziehen sich auf die Beseitigung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, einschließlich schädlicher Praktiken (u.a. Kinderheirat, Genitalverstümmelung). Es geht außerdem um die Sicherstellung von Chancengleichheit im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben und um gleiche Rechte bezogen auf wirtschaftliche Ressourcen sowie Förderung der Nutzung von Grundlagentechnologien (besonders Informations- und Kommunikationstechnologien) durch Frauen. Der allgemeine Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und reproduktiven Rechten soll ebenso gewährleistet werden, wie die Entlastung von Frauen und Mädchen bei der von ihnen geleisteten unbezahlten Haus und Sorgearbeit. Gender Mainstreaming ist außerdem in weiteren Zielen der Agenda verankert (Querschnittsthema).

Es ist ein großer Erfolg der Frauenbewegung, dass es gelungen ist, Geschlechtergleichstellung und Empowerment von Frauen und Mädchen als eigenständiges Ziel in der Agenda 2030 zu verankern.

In keinem Land der Welt sind die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Realisierung von Frauenrechten vollständig erreicht, auch in Deutschland und in Hamburg nicht. Mögliche Forderungen/Herausforderungen für Hamburg, Deutschland und alle UN-Staaten:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Eigenständige soziale Sicherung einschließlich Rente
- Stopp der Gewalt gegen Frauen und Mädchen
- Mehr Frauen in Führungsposition in Politik und Wirtschaft
- Ein geschlechtergerechtes Finanzmanagement (Gender Budgeting) des öffentlichen Haushaltes.

### Wichtige Links:

Oxfam: [Soziale Ungleichheit](#)

[Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes](#)

UN Women (2015), [Progress of the World's Women 2015-2016: Transforming economies, realizing rights](#), Chapter 2



## Protokoll Workshop 5

Nach den informativen Kurzreferaten von Wiebke Krause und Christa Randzio-Plath zu Armut, Ungleichheit und Geschlechtergerechtigkeit entstand eine lebhafte Diskussion, die sich allerdings vorwiegend mit Hamburger Politik beschäftigte. Dabei standen Fragen der -Armutsbekämpfung im Vordergrund. Die offizielle Armutsdefinition wurde angezweifelt, auch der Zugang zu Ressourcen z.B. Bildung müsste als Armutsursache benannt werden. Zur Gleichstellung von Frauen und Männern gab es erhebliche Informationsunklarheiten bzw,- defizite.

Zu den vielfältigen Forderungen, die mehrheitsfähig waren, gehörten: 1. Kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln 2. Genderbudgeting 3. Gleichmäßigere Verteilung der Sozialwohnungen auf Stadtteile und dauerhafte Bindungsdauer 4. Gendergerechte Stadtteilentwicklung 5. Kostenloser Nahverkehr 6. Zentrale Koordinierungsstelle beim Senat zur Umsetzung der SDG 7. Armutsbekämpfung: Leave no one behind.

Alles in allem ein produktiver Workshop, der zeigt welche Potenziale im Ratschlag liegen, aber dass ein einzelnes Treffen erst ein Anfang ist.



## Organisation und Impressum

### Organisation:

Christiane Felder (Marie-Schlei-Verein e. V.), Christa Randzio-Plath (Marie-Schlei-Verein e. V.), Stephanie Gokel (Zukunftsrat HH ), Bianca Percic (EWNW HH), Karsten Weitzenegger (EWNW HH), Naciye Demirbilek (W3 )

### Dokumentation:

Janwillem van de Loo

### Fotos:

Sabina von Kessel

### Impressum (Stand November 2016)

Marie-Schlei-Verein e. V.

Grootsruhe 4, D-20537 Hamburg

Tel. +49 40 4149 6992, Fax +49 40 4149 6993

[marie-schlei-verein@t-online.de](mailto:marie-schlei-verein@t-online.de)

[www.marie-schlei-verein.de](http://www.marie-schlei-verein.de)

Verantwortlich: Christa Randzio-Plath, Vorsitzende (ViSdP)

Redaktion: : Janwillem van de Loo

Grindelallee 43, 20146 Hamburg

Tel.: 040 - 422 60 70

Fax: 040 - 422 60 80

## Organisiert von:



W3 – WERKSTATT  
FÜR INTERNATIONALE  
KULTUR UND POLITIK



Zukunftsrat Hamburg



**MARIE-SCHLEI-VEREIN e.V.**

Hilfe für Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika  
Assistance for Women in Africa, Asia and Latin America

## Beteiligte Organisationen:



Die Veranstaltung wird durchgeführt mit finanzieller Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

